



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

♣: Zur Entwicklung der Dinge in Frankreich.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Zur Entwicklung der Dinge in Frankreich.

Schneller als man erwartete, führten vor nunmehr vier Wochen die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Präsidenten der französischen Republik und der am 5. Januar in der Gesetzgebung zur Herrschaft gelangten Partei zur Katastrophe; aber die republikanischen Politiker haben die Probe, auf die sie dabei gestellt wurden, bis jetzt im Ganzen gut bestanden. Die Krisis, die mit dem Rücktritte Mac Mahon's und der Ernennung Jules Grévy's zum Präsidenten endigte, brach allerdings plötzlich aus, aber sehr überraschen konnte sie niemand, der den Gang der Dinge verfolgt hatte und den Charakter des Marschalls kannte. Nur konnte man meinen, derselbe werde sich noch einige Zeit besinnen, ehe er der neuen Aera das Feld räume. Sein Verbleiben im Elysé war seit dem Tage, wo die Republikaner auch im Senat die Mehrheit erlangt hatten, eine Anomalie, aber man war bei ihm am 14. Dezember 1877 einer so großen Nachgiebigkeit begegnet, daß man ihm wohl die Resignation zutrauen konnte, bis zum Ablaufe seines Auftrags im Amte zu verharren. Allein die Republikaner kannten die ihrer Politik im Stillen feindliche Gesinnung des Marschalls zu gut, und sie wußten zu genau, daß er der nunmehr hergestellten Uebereinstimmung zwischen den beiden Kammern der Gesetzgebung und dem Ministerium gegenüber für jetzt nichts vermochte, daß die Zukunft aber ihm eine bessere Stellung verschaffen konnte, um nicht sobald als möglich den Versuch zu machen, ihn durch Zumuthungen, die ihm zu weit gingen, zum Rücktritt zu drängen. So stellte man die bekannten Forderungen: Besetzung der großen Armeekommandos im Sinne der Majorität in Senat und Deputirtenkammer, Amnestie für die deportirten Kommunarde's und Verlesung der früheren Minister in Anklagezustand, und so weigerte man sich, auf ein Kompromiß einzugehen, wie man dies bei früheren Krisen gethan. Das Ministerium Dufaure bot die Hand zu diesem energischen Vorgehen, da man es sonst durch ein Mißtrauensvotum beseitigt haben würde, und so blieb dem Präsidenten nichts übrig, als seine Demission zu geben. Ein anderes Kabinet

zu bilden, würde ihm nichts geholfen haben. Denn ein mehr nach links gehendes hätte die Forderungen der republikanischen Mehrheit noch entschiedener unterstützt als das damals bestehende, und ein konservatives hätte sich den Kammern gegenüber noch weniger gehalten als das letztere. Nachgeben aber konnte der Marschall in jenen drei Fragen nicht. In Bezug auf die Amnestie hatte er kurz zuvor gethan, was er für möglich hielt, hinsichtlich der Besetzung der Armeekommandos war er zu sehr Soldat, um dem Verlangen der Republikaner nachkommen zu können, und was die Minister vom 16. Mai anging, so wußte man von jeher, daß er sich als solidarisch mit dem, was er, wenn nicht gethan, doch zugelassen hatte, betrachtete und deshalb die Anklage nicht gestatten konnte. Dazu kam aber noch eins. Hätte er Letzteres erlaubt, so würde er sich selbst in eine schlimme Lage versetzt haben. Die Republikaner getrauten sich den Beweis zu führen, daß unter dem Ministerium Rochebouët ein Staatsstreich beabsichtigt worden sei, dieses Uebergangsministerium hätte sehr wahrscheinlich versucht, sich hinter Mac Mahon zu verschanzen, und so würde durch einen Prozeß oder schon durch ein bloßes Tadelsvotum der Kammern der Präsident selbst getroffen worden sein. Angesichts dieser Schwierigkeiten verzichtete er durch freiwillige Abdankung auf den Fortbesitz der Gewalt. Daß er mit Würde von der Bühne abgetreten ist, kann nicht in Abrede gestellt werden und gibt seiner sonst nichts weniger als ruhmvollen Regierung mindestens einen guten Abschluß. Seine Stellung in der Geschichte Frankreich's wird keine beneidenswerthe sein. Er blieb zu lange auf einem Posten, zu dem er mit seinen Neigungen ebenso untauglich war wie mit seinen Fähigkeiten. Während sein Vorgänger Thiers allezeit als der Befreier des Vaterlandes gepriesen werden wird, hat Mac Mahon in den sechs Jahren seiner Regierung unaufhörlich zulassen müssen, was er im Grunde nicht wollte, ist er in allen Stücken die personifizierte Impotenz gewesen. Die Republik hat sich unter ihm stetig mehr befestigt und ausgebildet, aber nicht weil, sondern obgleich er an der Spitze des Staates stand.

Gute Zeichen für die Zukunft Frankreich's waren die Leichtigkeit, mit der sich der Umschwung vollzog, den Mac Mahon's Rücktritt bezeichnete, und die Wahl seines Nachfolgers. Die Republikaner zeigten sich dabei einig und gemäßigt. Wird in gleichem Sinne, so sagte man sich, die Regierung der Republik weitergeführt, so kann der 30. Januar 1879 den Anbruch einer neuen Ära stetiger und gedeihlicher Entwicklung bedeuten. Grévy ist kein Thiers, er ist nicht so populär, und er ist kein solches staatsmännisches Talent wie dieser. Aber er gleicht ihm an gesundem Menschenverstand, und er ist ein Mann, von dem zu hoffen steht, daß er die Republik vor der Parteiherrschaft

zu wahren wissen wird. Das Land wird aller monarchistischen und jesuitischen Umtriebe ungeachtet zu ihm Vertrauen fassen.

Einiger Besorgniß indeß konnte man sich trotz dem normalen Verlaufe der Krisis nicht erwehren. Der beste Prüfstein für den neuen Regierungsmodus lag in dem System, welches man in der weiteren Purifikation der Bureaucratie und der militärischen Befehlshaberstellen zu befolgen sich anschickte. Was die Säuberung der letzteren betrifft, so haben die Republikaner in den letzten Wochen ansehnliche Erfolge erzielt. Als erstes Opfer fiel der Kriegsminister Borel, und ihm folgten eine Anzahl von Armeekorps-Commandanten, die gleich ihm der republikanischen Gesinnungstüchtigkeit ermangelten. Aber es gibt noch sehr viele höhere Offiziere, die nicht nach dem Herzen der Republikaner sind. Es soll gründlich aufgeräumt werden, und das würde einerseits an eine Desorganisation der Armee streifen und andererseits die letztere, die bisher ohnehin vorwiegend auf konservativer Seite stand und vor Allem bonapartistische und clerikale Elemente in ihren Reihen zählte, bedenklich verstimmen, sodaß eine durchgreifende Entfernung der Gegner der Republik aus dem französischen Offiziersstande zunächst als eine thatsächliche Unmöglichkeit erscheint, während sie doch zur vollen Sicherung des Bestandes der republikanischen Herrschaft unumgänglich sein wird. Leicht könnte sich hier die Grenze der Macht Gambetta's zeigen und ihm die alte Erfahrung zu Gemüthe geführt werden, daß es auch bei der kräftigsten Entwicklung des parlamentarischen Systems, wie sie Frankreich gegenwärtig vertritt, im öffentlichen Leben Potenzen gibt, die sich völlig außerhalb der parlamentarischen Kreise bewegen und dennoch unter Umständen maßgebend sind.

Auf die Regierungskrisis in Frankreich folgte schnell eine Ministerkrisis. Der alte Dufaure entschloß sich, obwohl er seiner politischen Ueberzeugung nach nur wenig weiter rechts stand als der neue Präsident, und obwohl keine Vorstellungen gespart wurden, ihn zum Verbleiben auf seinem Posten zu bewegen, zum Rücktritt. Der Hauptgrund, der ihn dazu bestimmte, wird die Ansicht gewesen sein, er eigne sich nicht für die neue Lage der Dinge und werde deshalb bald in Konflikt mit den Kammern gerathen und dann doch seinen Platz räumen müssen. Jetzt war er noch ein populärer Mann, welcher dem Schiffe der Republik über die Klippen hinweggeholfen, die ihm in den reaktionären Neigungen des Expräsidenten und der früheren Senatsmehrheit drohten, und so war es klüger, jetzt freiwillig und von der zur Herrschaft gelangten Partei verehrt zu gehen, als später gezwungen und als Hemmniß ihrer Bestrebungen gehaßt.

An die Spitze des neuen Kabinetts trat Waddington, der dem linken Centrum, also den gemäßigten Republikanern, angehörte und in der bisherigen

Regierung an der Spitze der auswärtigen Angelegenheiten gestanden hatte. Seine Wahl sollte das Ausland überzeugen, daß das neue Frankreich ebenso friedfertig denke und handeln werde wie das alte; denn er hatte sich seit seinem Amtsantritt durch eine loyale und maßvolle Politik in hohem Grade die Anerkennung aller Betheiligten erworben. Von seinen Kollegen gehören zwei der republikanischen Linken an, und einer, Lepère, ist ein intimer Freund Gambetta's. Der Charakter des Kabinetts Waddington erscheint somit um eine Schattirung fortschrittlicher gefärbt als der des Kabinetts Dufaure. Zu bemerken ist ferner, daß das neue französische Ministerium in seinem Schooße nicht weniger als fünf Protestanten zählt, nämlich außer dem Premier die Herren de Freycinet, Léon Say, Le Royer und Taurégiberry, der an Stelle des Admirals Bothuan Marineminister geworden ist.

Die Botschaft, in welcher der Präsident Grévy sein politisches System entwickelte, gefiel den Radikalen nicht. So hätte sich auch ein Präsident Dufaure vernehmen lassen können. Sie war aber gerade das, was die maßvollen Republikaner wünschen konnten. Sie sprach einfach und bestimmt aus, daß es keine persönliche Regierung mehr geben, und daß die parlamentarische fortan eine Wahrheit werden solle. Der Präsident werde sich, so wurde erklärt, als Haupt der vollziehenden Gewalt dem verfassungsmäßig zum Ausdruck gebrachten Willen der Nation niemals entgegenstellen, was natürlich nicht ausschließt, daß er, wenn zwischen Senat und Deputirtenkammer in einer großen Frage ein unlösbarer Konflikt entstände, an die Wähler des Landes appelliren würde. Hinsichtlich der Amnestie versprach der Präsident, die Regierung werde stets von den wahren Interessen des Landes, von dessen bestimmtem Willen und vom Geiste des Fortschritts und der Versöhnung durchdrungen sein, dabei aber für Aufrechthaltung von Ruhe und Sicherheit sorgen. Die Frage des Kommandowechsels und der Purifikation der Bureaokratie wurde mit den Worten berührt, die Regierung werde alle Sorge für die Armee tragen, aber gleichzeitig „erworbene Rechte und geleistete Dienste berücksichtigen“, dabei jedoch Feinde oder Verräther der Republik nicht im Amte dulden. Im Allgemeinen werde die innere Politik der Regierung liberal und zugleich konservativ sein.

Seitdem haben sich die Dinge im Großen und Ganzen in erfreulicher Weise entwickelt. Die Harmonie zwischen der Regierung und den Kammern ist, Dank der Haltung der ersteren, welche in den beiden zunächst auf die Tagesordnung gebrachten Fragen den Wünschen auch der vorgeschritteneren Republikaner nachgab, ungestört geblieben. Die große Mehrzahl der verbannten Kommunisten wird in die Heimat zurückkehren und in ihre vollen Bürgerrechte wieder eingesetzt werden. Die Neubesezung einer Anzahl von höheren Beamten- und Offiziersstellen hat stattgefunden. Größere Schwierigkeiten bereitet

dem Ministerium die Hartnäckigkeit der Radikalen in der dritten Frage des Tages. Die äußerste Linke besteht darauf, daß das Ministerium vom 16. Mai, das „Staatsstreich-Kabinet“ des Marschalls Mac Mahon, in Anklagestand versetzt werde. Waddington hat in Folge dessen sich zu der Erklärung genöthigt gesehen, das Ministerium werde, wenn dieses Verlangen die Mehrheit finde, zurücktreten, und mit ziemlicher Bestimmtheit steht zu erwarten, daß das Ministerium in dieser Angelegenheit siegen wird. Wahrscheinlich aber wird dies nur in Folge der Unterstützung möglich sein, welche die Parteien der Rechten der Regierung und den gemäßigten Republikanern nothgedrungen leisten werden, um ihre Freunde Broglie, Fourtou u. s. w. vor gerichtlicher Verfolgung zu sichern, und so könnte dieser Sieg Waddington's der Vorbote einer baldigen Niederlage sein.

Verständig und politisch wird die Forderung der Radikalen dadurch freilich nicht. Die Politik kennt keine Gefühle, also auch die Rachsucht nicht. Politisch handeln heißt zweckvoll handeln. Die Versetzung der Minister vom 16. Mai in den Anklagestand kann keinen wirklichen Zweck haben. Sie ist eine politische Ungeschicklichkeit und juristisch nicht ausführbar. Mac Mahon ist nicht mehr das Oberhaupt der vollziehenden Gewalt, und es wird schwerlich jemand beabsichtigen, ihn aufzusuchen und vor das Forum der Gerichte zu ziehen. Der Hauptverantwortliche würde also dem Prozesse fehlen. Sagt man uns, der Präsident sei unverantwortlich, so ist das eine Fiktion, die sich auf dem Papier gut ausnimmt, von der Geschichte aber nicht beachtet zu werden pflegt. Karl X. war nach der Charte auch unverantwortlich, und seine Minister hätten also allein bestraft werden müssen. Dies geschah, aber auch der König mußte in die Verbannung gehen. Ludwig Philipp war verfassungsmäßig ebenfalls unverantwortlich, aber auch ihn traf für das, was dem Volke an ihm nicht gefiel, die Strafe des Exils. Hat es aber nun jemals einen politischen Akt gegeben, den man mit vollem Rechte einen persönlichen nennen darf, so war es das Manifest des Marschall-Präsidenten vom 16. Mai, welches der Bildung des Staatsstreich-Kabinetts vorausging. Es war im allereigentlichsten Sinne das Hervortreten einer persönlichen, von allen andern staatlichen Gewalten unabhängigen Regierung. Gleichzeitig aber war anzuerkennen, daß dieser gewaltthätige Akt an sich weder gegen die Verfassung noch gegen die Gesetzlichkeit verstieß. Der 16. Mai war ein moralischer Staatsstreich, gerade wegen dieser Eigenschaft aber ist er gesetzlich unfaßbar. In den Grenzen der Verfassung wurde die Verantwortlichkeit für denselben vom französischen Senate getheilt, welcher die Auflösung der eben erst gewählten Deputirtenkammer bewilligte. Will man auch diese alte Majorität des Senats vor die Gerichte ziehen? Minister haben sich zu Werkzeugen einer Verschwörung gegen die Republik hergegeben. Sie

sind aber mit ihren Handlungen innerhalb der konstitutionellen Gesetzlichkeit geblieben. Man kann ihnen Mißbrauch des der Regierung innewohnenden Einflusses, Ueberschreitungen ihrer Amtsgewalt und verschiedene administrative Vergehen nachweisen, aber keinen Verfassungsbruch. Sie haben alle Federn der Gesetzlichkeit so straff wie nur möglich gespannt, aber sie nicht zerspringen lassen, und nur in letzterem Falle könnte der Richter sie verurtheilen und strafen. Mit moralischen Beweisen dagegen macht man nur Tendenzprozesse, und die sind für den Bestand eines Regierungssystems die gefährlichsten.

Die Entwicklung Frankreich's ist nach dem Gesagten auf gutem Wege, aber noch keineswegs über die Schwierigkeiten und Gefahren hinaus, welche das unpolitische, maßlose und, wie nicht zu übersehen, auch vielfach von egoistischen Motiven diktirte Verfahren der äußersten Linken immer aufs neue schafft, und welche die Einigkeit der republikanischen Parteien fortwährend zu zerreißen droht. Möglich, daß diese Einheit noch längere Zeit erhalten bleibt, und daß das Werk der Konsolidirung der Republik dann gelingt, wenn Präsident, Ministerium und Kammern einträchtig ihre ideale Aufgabe ausführen. Aber dann, wenn die Arbeit nach dem Plane Gambetta's vollendet und die reine Republik auf dem Papiere gegründet ist, wird es sich immer noch fragen, ob sich die Sache auf die Dauer als praktisch bewährt, und ob die heutigen Franzosen wirklich in dem Grade den Standpunkt, den ihre Väter und sie selbst noch vor kurzem einnahmen, überwunden haben, in welchem dies geschehen sein müßte, wenn es ihnen möglich sein sollte, in dem reinen Aether der Gambetta'schen Zukunftsrepublik zu leben. Auch dies ist möglich und aus Gründen, die wir früher aufgezählt haben, für uns Deutsche wünschenswerth, aber nach unserer Meinung nicht sehr wahrscheinlich. †

Die kriegerischen Verwickelungen England's in Südafrika.

Noch im Anfange dieses Monats sprachen die englischen Blätter mit großer Siegesgewißheit und souveräner Verachtung von dem kürzlich in Südafrika gegen die Zulukaffern ausgebrochenen Kriege und fanden den vom Gouverneur des Kaplands dazu gewählten Zeitpunkt sehr passend. „Lord Chelmsford,“ so äußerte sich der Spectator, „hat 8000 Mann europäische Soldaten, außerdem aber eine